HERMANN DIEM

Die Kirche zwischen Rußland und Amerika

HERMANN DIEM

Die Kirche zwischen Rußland und Amerika

1947

EVANGELISCHER VERLAG AG. ZOLLIKON-ZÜRICH

Ost und West — das bedeutet für unsere Frage den Gegensatz zweier Staats-, Wirtschafts- und Kulturformen samt den dahinterstehenden Ideologien und Weltanschauungen. Es ist ein Gegensatz, der sich auf alle Gebiete des menschlichen Lebens und Zusammenlebens auswirkt und an dem keineswegs die Kirche allein interessiert ist. Aber er geht darum die Kirche in besonderer Weise an, weil er auch dort, wo es sich um politische und wirtschaftliche Interessen handelt, ideologisch ausgetragen zu werden pflegt.

Das Verhalten unter diesem Gegensatz zwischen Ost und West ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische, ja eine Weltfrage. Sie geht darum die Christenheit der ganzen Welt an. Aber die Christenheit in Deutschland ist dabei in einer besonderen Lage. Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika, die Exponenten des Gegensatzes, sind die beiden beherrschenden Besatzungsmächte, die zugleich Deutschland als Interessengebiet unter sich aufgeteilt haben. Nachdem Rußland die Beteiligung am Marshallplan abgelehnt hat und dieser von den Westmächten allein durchgeführt wird, droht diese Aufteilung eine endgültige zu werden. Ob und in welcher Weise unter diesen Umständen noch eine politische Einheit Deutschlands möglich ist, bleibt abzuwarten. Es machen sich auch schon jetzt starke Anzeichen bemerkbar, daß man in führenden Kreisen der Kirche in der Ostzone die ohnehin sehr lockere organisatorische Verbindung mit der EKD in den Westzonen vollends aufgeben und sich selbständig machen will. Aber auch dadurch könnte die gegenseitige Verantwortung füreinander nicht aufgehoben und der Tatsache nicht ausgewichen werden, daß die deutsche Christenheit in besonderer Weise in der Spannung des Gegensatzes zwischen Ost und West festgehalten wird.

Die deutsche Christenheit kann unserer Frage gegenüber in keiner Weise in eine Zuschauerrolle ausweichen, wie es für die außerdeutschen Kirchen immer noch möglich erscheint. Sie kann das vor allem deshalb nicht tun, weil sie selbst entscheidend daran mitgewirkt hat, daß sie in diese Lage kam. Die

Überflutung aus dem Osten kam nicht wie ein Naturereignis über uns, sondern sie war die unmittelbare Folge davon, daß der Nationalsozialismus die Schleuse im Osten öffnete. Zuerst gab er den Russen freie Hand in den baltischen Staaten und in Bessarabien, wobei er selbst in die erste Vertreibung von Hunderttausenden von Deutschen aus ihrer Heimat — damals nannte man es noch „Umsiedlung" — willigte, um den Preis eines Bündnisses mit Rußland. Und dann trieb er die Russen durch den unter Bruch dieses Bündnisses erfolgten Angriff an die Seite der Alliierten gegen uns in den Krieg. Aber diese Katastrophe begann nicht erst mit Hitlers Krieg gegen den Osten, sondern dieser war geistig von langer Hand vorbereitet. Die durch den Rapallovertrag eingeleitete Politik eines wirtschaftlichen und politischen Ausgleichs zwischen Deutschland und Rußland wurde aus ideologischen Gründen von Anfang an in Deutschland aufs stärkste bekämpft. Die antibolschewistische Stimmung hatte gerade in den kirchlichen Kreisen ihre stärkste Stütze. Um das Jahr 1930 wurde in Berlin in öffentlichen Versammlungen von Protestanten, Katholiken und sogar Juden gemeinsam gegen den „gottlosen" Bolschewismus demonstriert und zur Rettung von Religion und abendländischer Kultur aufgerufen. Diese Situation nützte der Nationalsozialismus geschickt aus mit seiner demagogischen Parole: „Nationalsozialismus oder Bolschewismus?" Er bot sich als dieser Retter an und wurde als solcher akzeptiert und an die Macht gebracht.

Die deutsche Christenheit hat durch ihr auf dem Weg über die antibolschewistische Kreuzzugsstimmung erfolgtes Bündnis mit dem Nationalsozialismus selbst diese Nemesis über sich gebracht, daß sie nun die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus auf eigenem Boden führen muß. Darum kann sie jetzt dieser Auseinandersetzung nicht mehr ausweichen. Sie versucht es freilich trotzdem auf die verschiedenste Weise.

Ein solches Ausweichen ist es, wenn man jetzt so tut, als könne man hinter alles, was geschehen ist, einfach wieder zum Jahr 1930 zurückkehren und sagen: Der „Retter" war zwar ein Betrüger und hat die Sache nur noch schlimmer gemacht. Aber was wir damals wollten, war richtig, und wir müssen es heute wieder und heute erst recht wollen. Der einzige Fehler war, daß wir den Krieg im Osten verloren haben. — So wird

heute in Deutschland nicht nur sehr weithin geredet, sondern auch politisch gehandelt, indem sich um die Ideologie: Für Christentum und abendländische Kultur! Für Idealismus gegen Materialismus! die ganze alte Front von damals wieder sammelt.

So wird heute aber nicht mehr bloß in Deutschland geredet, sondern fast die ganze westliche Umwelt schickt sich an, in diese Front einzuschwenken. Je mehr der politische und wirtschaftliche Gegensatz zum Osten sich als unüberbrückbar zu erweisen scheint, desto stärker wird das Bedürfnis, ihn weltanschaulich-ideologisch zu untermauern. Damit wird zwangsläufig die Neigung wachsen, Deutschland entgegenzukommen, wenn diese Konsequenz bisher auch erst von Amerika und einigen Neutralen sichtbar gezogen wird. Selbstverständlich wird diese Entwicklung von den meisten Deutschen begrüßt werden. Bedeutet sie doch nicht nur Arbeit und Brot für uns, sondern darüber hinaus die große Chance, daß wir politisch wieder bündnisfähig werden.

Sie bedeutet aber andererseits auch die ungeheure Gefahr, daß damit für das Bewußtsein des deutschen Volkes die Parole: „Nationalsozialismus oder Bolschewismus?" und damit die ganze nationalsozialistische Politik nachträglich gerechtfertigt wird. Jetzt gehen ihnen die Augen auf über ihren Verbündeten, sagt man in Deutschland — und vergißt dabei, daß wir es waren, die den Westen zu diesem Bündnis mit Rußland gezwungen haben. Jetzt sehen sie, wie verderblich es war, daß sie Rußland so weit nach Deutschland hereinließen, sagt man — und vergißt dabei, daß wir die Schleuse im Osten geöffnet haben und nicht die Westmächte. Was soll man sagen, wenn heute amerikanische Investigatoren der öffentlichen Meinung in Deutschland den Leuten die Frage stellen: „Was würden Sie tun, wenn Sie zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus zu wählen hätten?" Soll man über die Naivität lächeln, mit der die Fragenden sich darüber entrüsten, daß selbstverständlich alle heute noch und heute erst recht den Nationalsozialismus wählen würden? Oder soll man die unverantwortliche Leichtfertigkeit bedauern, mit der man die alte Fragestellung wieder aufgreift, mit der die Katastrophe damals begonnen hatte? Oder ist es am Ende so, daß die Fragenden

gar nicht so naiv sind und ihre Entrüstung gar nicht so ernst gemeint ist, sondern daß sie ganz bewußt die alte Alternative in neuer Form wieder einführen wollen: „Westen oder Osten?" würde die jetzt in den Weltmaßstab erhobene Parole lauten.

Gewiß wäre es der alte Weg, der uns ins Verderben gestürzt hat. Aber ist damit schon gesagt, daß er noch einmal in die Katastrophe führen muß? Diesmal könnte ja der Krieg des Westens gegen den Osten auch gewonnen werden. Und wenn er schon eines Tages unvermeidlich sein wird, wäre es dann nicht richtiger, ihn bewußt herbeizuführen, solange Amerika noch seinen Vorsprung in den Atomwaffen hat? Diese Frage wird in Amerika öffentlich diskutiert, wenn sich auch kaum jemand finden wird, der tatsächlich die Verantwortung für einen Präventivkrieg gegen Rußland auf sich nehmen will. Auch viele Deutsche, und zwar nicht nur ehemalige Nationalsozialisten, sehen in einem Krieg gegen Rußland die einzige Rettung.

Man wird andererseits die psychologischen Hemmungen gegen einen neuen Krieg in der Welt nicht gering anschlagen dürfen. Aber unsere Aufgabe ist es nicht, die Aussichten abzuwägen, bis wann die Menschheit wohl wieder zu dieser ultima ratio greifen wird, sondern wir haben zu fragen, ob dieser ganze Weg der ideologischen Frontenbildung zwischen Ost und West richtig ist, an dessen Ende notwendig — und darüber sollte sich niemand täuschen — diese ultima ratio stehen muß.

Diese Frage ist heute an die K i r c h e gerichtet. Nicht die CDU ist gefragt, nicht die „kirchlichen" Kreise, nicht die der Kirche Wohlgesinnten unter den Vertretern der humanen Bildung, nicht alle jene, welche das, was aus dem Osten auf sie zukommt, begreiflicherweise nur als das Ende alles dessen ansehen können, was sie unter einer menschlichen Existenz verstehen — sie alle nicht, sondern die Kirche selbst ist gefragt, und zwar vor allem die Kirche in Deutschland, die anders als alle andern Kirchen des Westens hier unmittelbar beteiligt ist und darum die größte Verantwortung trägt. Diesmal darf sie sich nicht wieder der Verantwortung entziehen wie das letzte Mal, darf sie nicht wieder im Hintergrund schweigen und es jenen Kreisen überlassen, die Front zu bilden, in die sie sich dann hinterher nur noch einreihen kann. Die Kirche muß jetzt reden und zu dieser Frage Stellung nehmen, und es ist schon

schlimm genug, daß sie seit zwei Jahren sich nur in fruchtlosen Diskussionen um ihre eigene Ordnung und organisatorische Einheit erschöpfte und die der größten und vielleicht katastrophalsten Entscheidung zutreibende politische Welt sich selber überließ.

Der Bruderrat der EKD hat am 8. 8. 1947 ein Wort zum politischen Weg des deutschen Volkes herausgegeben, das zu unserer Frage einige entscheidende Dinge sagt. Es heißt dort u. a.: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche Front' aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den nur das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur schrankenlosen Diktatur geduldet und gutgeheißen."

Es wird dann weiter gesagt, welches Versäumnis die Kirche dabei gerade dem Marxismus gegenüber beging: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen." Hier wird keineswegs dem religiösen Sozialismus das Wort geredet, der in der alten Frontenbildung befangen bleibt und nur das Christentum für die andere Seite, den Sozialismus, gegen die bürgerliche Gesellschaft reklamiert. Es wird vielmehr ein unbiblisches spiritualistisches Christentum abgewehrt, das den Menschen in Leib und Seele zertrennt und vergißt, daß es Gott um den ganzen Menschen nach Geist, Seele und Leib geht. Die damit verbundene Verflüchtigung des biblischen Glaubens an die Auferstehung des Leibes in die griechische Lehre von der Unsterblichkeit der Seele führte zur Abwertung des irdischen Lebens zugunsten einer rein jenseitig verstandenen Zukunftshoffnung. Daß in der Bibel das Ziel und Ende der Wege

Gottes die Aufrichtung seines Reiches in dieser Welt ist, daß das gegenwärtige Leben des Menschen in dieser Welt der Ort der Entscheidung ist, weil in Jesus Christus „das Reich Gottes nahe herbeigekommen ist" und daß es beim Kommen des Reiches Gottes um das wahre Menschsein des Menschen geht — all das wußte man nicht mehr und ließ sich auch nicht daran erinnern, als Karl Marx sagte: „Es ist leicht, ein Heiliger zu sein, wenn man kein Mensch mehr sein muß."

Das Besorgen der materiellen Bedürfnisse der Menschen, soweit es nicht wie bei der „Inneren Mission" als charitative Tätigkeit geschah, sondern das Recht auf bessere Lebensbedingungen als eine Forderung an die Gesellschaft richtete, wurde als ungeistige Angelegenheit abgelehnt und als „Materialismus" verdächtigt. Demgegenüber sah das Christentum im idealistischen Denken seinen natürlichen Bundesgenossen, weil es bei ihm die größere Affinität zum christlichen Glauben voraussetzte. In der unvermeidlichen Vergröberung führte das dann dazu, den Gegensatz von Idealismus und Materialismus einfach mit dem von Glaube und Unglaube im Sinn der landläufigen Christlichkeit gleichzusetzen. Und schon stand das Christentum in einer weltanschaulichen Front dem gottlosen Materialismus der marxistischen Lehre als Feind gegenüber.

Mit dieser weltanschaulichen Frontenbildung mußte die politische und soziale Hand in Hand gehen. Das Christentum wurde zu einer Angelegenheit bestimmter politischer Parteien und sozialer Schichten, und die andere Seite bekam es dadurch nur noch als Bundesgenossen ihrer politischen Gegner zu Gesicht. Die Kirche versuchte wohl in einzelnen ihrer Vertreter immer wieder, diese Umklammerung zu durchbrechen, in welche sie durch diese Frontenbildung geraten war. Aber jene Einzelnen endeten meist als Überläufer, und die Front selbst blieb stehen.

Auf die gefährlichste Konsequenz jener Frontenbildung weist das Wort des Bruderrates hin, wenn es sagt: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen Mitteln bilden zu müssen. Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale

und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen."

Die Frontenbildung bekam moralisches Gewicht: der gottlose Materialist und soziale Revolutionär wurde auch noch der schlechte Mensch, und die Stellungnahme gegen ihn war nicht nur eine christliche Forderung, sondern war auch das Gebot der Selbsterhaltung des anständigen Menschen. Es war nichts grundsätzlich Neues, sondern nur ein besonders kräftiges Ausziehen der alten Linie, wenn in der nationalsozialistischen Form jener Frontbildung der Marxist zum bolschewistischen „Untermenschen" wurde. Und daß die Kirche im Jahre 1933 sich nicht gegen das Verbot der marxistischen Parteien und die Verbringung ihrer Funktionäre ins Konzentrationslager wehrte, ist mit dadurch zu erklären, daß diese ja auf der anderen Seite der Front standen.

Freilich hat die Kirche dabei die Absicht nicht aufgegeben, auch den Menschen von der anderen Seite der Front das Evangelium zu verkündigen. Aber die Frontstellung selbst gab sie dabei nicht auf, und soweit sie jene andern überhaupt noch erreichte, konnte sie nichts anderes tun, als sie auffordern, zuerst ihren Platz auf der falschen Seite zu verlassen. Sie verkündigte ihnen damit nicht mehr das Evangelium von der freien Gnade Gottes an alle Menschen, sondern suchte sie zu jener politischen, sozialen, weltanschaulichen und moralischen Front des „Christentums" zu bekehren.

Man wird es in seiner Bedeutung kaum überschätzen können, daß mit diesem Wort des Bruderrates der EKD zum ersten Mal ein verantwortliches Gremium der Kirche diese Frontenbildung als Irrtum und Schuld der Kirche bekannt hat. Freilich wird es bei dieser bloßen Erklärung nicht sein Bewenden haben dürfen, sondern nun müssen die Folgerungen für die Verkündigung der Kirche und ihr Verhalten im politischen Leben gezogen werden.

Das wird in den westlichen Besatzungszonen insofern verhältnismäßig leicht sein, als hier die notwendige Umstellung durch die freie Initiative der Kirche vor sich gehen kann, ohne durch die Maßnahmen von der anderen Seite behindert zu werden. Die Hauptschwierigkeiten werden hier eben von der Seite jener bisherigen „christlichen Front" im öffentlichen Leben

kommen, die sich besonders in ihrem parteipolitischen Exponenten, der CDU, nur schwer darein finden wird, daß die Kirche sich ihr gegenüber nicht nur distanziert, sondern von ihr verlangen muß, daß sie auf ihren christlichen Charakter als auf einen für die Arbeit der Kirche äußerst schwerwiegenden Irrtum ausdrücklich verzichtet. Es wird einer unermüdlichen und gründlichen Arbeit der Verkündigung und dazu einer tiefgehenden theologischen Besinnung bedürfen, bis diese in einer Geschichte von 100 Jahren stabilisierte Front tatsächlich zu bestehen aufgehört haben wird.

Ganz ungleich schwieriger wird es aber in der Ostzone sein, die Folgerungen aus dieser Erklärung zu ziehen. Einmal werden die Schwierigkeiten, die von seiten der „christlichen Front" selbst kommen, ebenso vorhanden sein wie im Westen. Sie werden aber dadurch noch ganz erheblich verstärkt werden, daß alle Gründe, die seit hundert Jahren zu dieser Frontenbildung geführt haben, sich in der heutigen Lage der Kirche im Osten geradezu konzentriert zu haben scheinen. Man wird die Zumutung, diese Front ausgerechnet jetzt aufzugeben, geradezu als Aufforderung zum Selbstmord der Kirche empfinden.

Hier ist etwa Folgendes zu bedenken: Hinter der ideologischen Front, welcher sich die Christenheit im Osten gegenüber sieht, steht nicht nur eine geistig-weltanschauliche, sondern eine reale politische Macht, der die ihrem Wesen nach fast unbeschränkte Regierungs- und Polizeigewalt einer Besatzungsmacht zur Verfügung steht. Es ist also von vorneherein nicht damit zu rechnen, daß sich hier ein freies Spiel der geistigen Kräfte auf dem Boden der allgemeinen Toleranz wie in den liberalen Demokratien des Westens entfalten könnte. Ferner ist, ideologisch betrachtet, der Kontrahent nicht der Marxismus der sozialistischen Parteien des Westens, der in einer hundertjährigen Geschichte der Auseinandersetzung mit der Kultur und Gesellschaft des Abendlandes sich sowohl die demokratischen Spielregeln zur Durchsetzung seiner Ziele zu eigen gemacht als auch die Spitzen seiner Ideologie abgeschliffen hat, sondern es ist der Marxismus in seiner bolschewistischen Ausprägung. Dieser ist nicht nur charakterisiert durch eine konsequente Auslegung und Anwendung der Lehre vom dialektischen und historischen Materialismus, sondern ist zugleich mannigfach durchkreuzt

durch einen russischen Nationalismus, der wiederum von dem Imperialismus der panslawischen Idee nicht zu trennen ist. Dazu kommt, daß der Träger der bolschewistischen Ideologie der russische Mensch ist, der nach seiner Geschichte und Denkungsart, nach seinen menschlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten dem Deutschen nicht nur fremd, sondern weithin unheimlich ist. Und endlich wird all das noch überlagert und in seiner Auswirkung verstärkt durch das Verhalten der Russen in der ersten Zeit nach dem Einmarsch.

Wie soll in dieser Situation die Kirche im Osten zuerst die innere und dann die äußere Freiheit gewinnen, auf jene Frontstellung zu verzichten? Sie wird sich dabei durch keine Sympathie oder Antipathie gegen ihre Umwelt bestimmen lassen dürfen, so schwer beides fernzuhalten sein mag. Sie wird das Heraustreten in diese Freiheit von keiner Beurteilung der politischen Lage und von keinen optimistischen oder pessimistischen Zukunftsaussichten abhängig machen dürfen. Es ist eine dem Glaubenden gebotene Entscheidung, die nur in der Freiheit des Glaubens vollzogen werden kann, daß Christus nicht nur in der Kirche, sondern auch in der Welt der Herr ist.

Die Gewinnung dieser inneren Freiheit ist allein Sache der Kirche selbst, die dabei nach ihrem eigenen Glauben gefragt ist. Wie steht es aber mit der äußeren Freiheit? Ist die Kirche im Osten durch das Verhalten ihrer Umwelt nicht einfach um ihrer Selbsterhaltung willen gezwungen, jene Frontstellung festzuhalten? So kann die Kirche nur fragen, solange sie die innere Freiheit noch nicht gewonnen hat, auf die hier alles ankommt. Diese Entscheidung des Glaubens bedeutet, daß die Kirche dem Staat und der Gesellschaft nicht auf deren eigener Ebene, sondern mit dem überlegenen Licht des Evangeliums begegnet. Das Verhalten der Kirche kann darum nicht davon abhängig gemacht werden, wie umgekehrt die Umwelt der Kirche begegnet. Und wie begegnet ihr denn diese im Osten?

Die Kirche hat ihre bisherige Rechtsform als Körperschaft des öffentlichen Rechtes behalten und kann ihre Tätigkeit öffentlich ausüben. Da eine Verfassung noch nicht besteht und auch die Zuständigkeiten zwischen der Besatzungsmacht und der Deutschen Zentralverwaltung rechtlich nicht festgelegt sind, kann man auf die Rechtslage noch nicht abstellen. Entscheidend ist

zunächst das praktische Verhalten der staatlichen Organe, das nicht durchwegs einheitlich ist und mitunter von persönlichen Ressentiments gegen die Kirche bestimmt ist, und zwar bei manchen deutschen SED-Funktionären mehr als bei Vertretern der russischen Militärregierung. Der offizielle Kurs ist der einer wohlwollenden Duldung, die zugleich nicht frei ist von einem gewissen Mißtrauen gegen die politische Haltung der Kirche. Man will sich offensichtlich von dem kirchenfeindlichen Verhalten der nationalsozialistischen Regierung unterscheiden und gewährt darum den Vertretern der Kirche allerlei Entgegenkommen im Rahmen ihrer öffentlichen Stellung. Trotzdem fühlt sich die Kirche durch gewisse Methoden des Staates immer wieder an die vergangene Zeit erinnert. Der kirchliche Religionsunterricht muß außerhalb des Rahmens der Schule gegeben werden und wird z. T. auf dieselbe Weise erschwert wie damals. Neben der staatlichen Einheitsschule werden christliche Schulen auch als Privatschulen nicht zugelassen. An die Stelle der Überwachung durch die Gestapo ist diejenige durch eine andere Staatspolizei getreten. Wenn auch allgemein festgestellt wird, daß diese den Pfarrern gegenüber von großer Zurückhaltung ist, so ist doch das Prinzip dasselbe geblieben. Die Kirche sieht in dem staatlichen Partner wiederum einen „totalen" Staat und sie wird all der erreichten Freiheiten nicht recht froh, weil sie hinter ihrer Gewährung nur eine vorübergehende „Taktik" vermutet.

Diese Vermutung gründet sich weniger auf das konkrete Verhalten des Staates der Kirche gegenüber, sondern sie lebt davon, daß man alle einzelnen Maßnahmen auf dem Hintergrund der marxistisch-bolschewistischen Weltanschauung sehen zu müssen meint, in der man keinen Platz für das Dasein der Kirche findet. Man versucht darum auch die Wandlung in der Kirchenpolitik in Rußland selbst auf diese Weise als eine opportunistische Maßnahme zu erklären, so wie sich z. B. auch der Nationalsozialismus während des Krieges der Kirche gegenüber zurückhielt und sich deren endgültige Zerschlagung für die Zeit nach dem erhofften Endsieg vorbehielt.

Nehmen wir den äußersten Fall an, der kaum zutreffen wird, daß die Kirchenpolitik in Rußland und in der Ostzone von lauter orthodoxen Marxisten nach den Grundsätzen ihrer Weltanschauung gemacht wird und darum ihr derzeitiges Ent-

gegenkommen von der Kirche nur als opportunistische Taktik gewertet werden kann, so muß zuerst festgestellt werden, daß ein solcher „Opportunismus" im Rahmen dieser Weltanschauung etwas anderes bedeuten würde als jene taktische Tarnung des Nationalsozialismus. Für den historischen Materialismus ist die Kirche die Trägerin einer Ideologie, die als Frucht der ökonomischen Verhältnisse einem bestimmten Stand der Entwicklung dieser Verhältnisse entspricht. Stellt sich heraus, daß diese Ideologie noch lebendig ist, so heißt das, daß sie einem bei dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung noch vorhandenen Bedürfnis entspricht. Es wäre in diesem Fall nicht nur taktisch unklug, sondern prinzipiell falsch, diesem Bedürfnis nicht entgegenzukommen. Freilich wird dabei vorausgesetzt, daß der ökonomische Fortschritt eines Tages dieses Bedürfnis zum Verschwinden bringen und damit die Kirche unnötig machen wird. Aber wann dieser Zeitpunkt eingetreten sein wird, das ist gerade für den orthodoxen Marxisten nicht prinzipiell, sondern nur auf Grund der Erfahrung festzustellen. Darum kann und muß er mit großer Beweglichkeit auf Grund der Erfahrung seine politischen Maßnahmen immer wieder ändern, bei allem Festhalten an seinen weltanschaulichen Prinzipien. Die Wandlung der russischen Kirchenpolitik wäre dann einfach ein Experiment, das sich der Erfahrung anpaßt.

Was braucht aber die Kirche mehr als dieses Offensein ihres Partners für das Experiment? Natürlich glaubt sie, daß es anders ausgehen wird als er meint, und sie wird ihm das auch sagen. Aber eben darum kann sie in völliger Freiheit und Offenheit auf den ihr von diesem, wenn auch nur hypothetisch gewährten Boden treten, um auf ihm den Beweis des Geistes und der Kraft zu führen. *Ob die Kirche in der Ostzone das heute vorbehaltlos zu tun wagt* — was, wie noch zu zeigen sein wird, seine Auswirkungen auf die Kirche im Westen und in der ganzen Ökumene hätte — *das ist heute die allein entscheidende Frage, die an sie gestellt ist.*

Die Kirche hat sich diese Frage nicht willkürlich selbst gestellt, sowenig sie sich ihre heutige Situation selbst ausgesucht hat, sondern *die Frage ist an sie gestellt*, eben durch diese Situation, in der sie sich dem marxistischen Partner

in dieser seiner besonderen Ausprägung gegenübersieht. Sie kann sich eine bloß akademische Diskussion mit dem Marxismus nicht mehr leisten, sondern sie ist mit ihm als einer konkret handelnden politischen Macht konfrontiert. Es würde ihr in dieser Situation auch gar nichts helfen, wenn sie feststellen würde, daß ihre jetzige Lage weithin der unter dem Nationalsozialismus ähnlich ist, ob das nun tatsächlich stimmt oder nicht. Sie kann nicht einfach nach der Auswechslung der Partner ihren damaligen Kirchenkampf fortsetzen wollen, mag sie der neue Partner noch so sehr an den alten erinnern. Das geht aus verschiedenen Gründen nicht.

Die Kirche kann einem politischen Experiment gegenüber, wie es der Bolschewismus in seinem Auftreten in der deutschen Ostzone ist, nicht von vorneherein und grundsätzlich in Bezug auf seine Praxis und Theorie den Kampf ansagen, so wie sie das dem Nationalsozialismus gegenüber in seinem späteren Stadium hätte tun müssen und mitunter auch getan hat. Falls sie sich durch ein solches Experiment herausgefordert fühlt, muß *ihre erste Sorge darin bestehen, ihm in echter Weise als Kirche zu begegnen.* Darum war auch die erste Aufgabe der Kirche dem Nationalsozialismus gegenüber die Besinnung auf ihr eigenes Wesen. Wann der Zeitpunkt gekommen ist, wo darüber hinaus die Kirche zu einem solchen Experiment ein Nein sprechen muß, das ein theologisch begründetes und nicht nur ein politisches Nein sein müßte, die Feststellung also, daß hier der Staat von Röm. 13 zu dem von Apok. 13 geworden ist, kann nicht prinzipiell entschieden werden, sondern ist eine Entscheidung, die im Glauben auf Grund der konkreten Erfahrung zu fällen ist.

Wer schon jetzt eine solche Entscheidung fällen zu müssen glaubt, könnte dafür geltend machen, daß wir mit dem Bolschewismus nunmehr eine Geschichte von fast 30 Jahren hinter uns haben, welche die Übereinstimmung von Theorie und Praxis durch eine rücksichtslose Verfolgung der Kirche bewiesen hat. Dagegen wäre zu fragen, ob der Bolschewismus bei diesem Kampf die Kirche tatsächlich als Kirche zu sehen bekommen hat und nicht nur als reaktionäre politische Macht. Daß er diesen Kampf später einstellte, könnte immerhin auch darauf zurückzuführen sein, daß die Kirche das selbst eingesehen und

zugegeben hat. Auf alle Fälle wäre aber zu fragen, ob dem Bolschewismus auf deutschem Boden nicht zuerst eine Kirche begegnen müßte, welche jene falsche Frontstellung gegen den Marxismus erst einmal hinter sich gelassen hat, ehe eine solche Entscheidung glaubwürdig und unmißverständlich gefällt werden könnte.

Eine solche Entscheidung könnte auch nicht einfach die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus auf den Bolschewismus übertragen. Das ginge selbst dann nicht, wenn das Verhalten der Kirche dem Nationalsozialismus gegenüber eindeutiger gewesen wäre als es tatsächlich war. Sie hat diesen bis in die letzten Jahre hinein wenigstens in seinem Kampf gegen den Bolschewismus als der von ihr bekämpften Front unterstützt und hat damit das, was sie für den Teufel hielt, durch Belzebub bekämpft. Nach diesem katastrophalen Versagen der geistlichen Urteilsfähigkeit bis hin zu den heute noch höchstverantwortlichen Personen der Kirche sollte diese gerade in der Beurteilung dieser Dinge sehr viel vorsichtiger geworden sein... Aber auch wenn die Kirche heute im Kampf gegen den Bolschewismus das nachholen wollte, was sie im Kampf gegen den Nationalsozialismus versäumt hat, müßte sie sich fragen lassen, ob sie nicht aus politischer Antipathie dem Bolschewismus gegenüber nur allzu gern eben das geltend machen möchte, was sie dem Nationalsozialismus gegenüber aus politischer Sympathie unterlassen hat. Und selbst wenn die Kirche diese Frage ehrlich verneinen könnte, müßte sie sich immer noch sagen lassen, daß man in der Konfrontation des Evangeliums mit der Welt niemals aus der letztvergangenen Erfahrung Grundsätze ableiten darf für die Aussichten der Begegnung mit dem neuen Partner in der neuen Situation. Die Kirche lebt immer neu von dem Glauben an das Wunder des Heiligen Geistes. Und über die Welt, in der sie das Evangelium verkündigt, ist immer beides zu sagen: Daß es die Welt ist, die Christus nicht aufnahm, als er in sein Eigentum kam und daß unser Glaube der Sieg ist, der diese Welt überwunden hat.

Wir haben gesagt, daß die Kirche heute **vorbehaltlos** auf den Boden treten müßte, der ihr durch das Offensein des

Partners für das Experiment mit der Kirche angeboten ist, d. h. daß sie in völliger Freiheit und Offenheit diesen Schritt zu tun hat, ohne den geheimen Hintergedanken, daß das nun ihrerseits nur aus einem gewissen taktischen Opportunismus geschieht und ohne daß für sie der Erfolg bzw. Mißerfolg dieses Verhaltens auf Grund ihres politischen Urteils von vornherein feststehen dürfte. Es kann aber andererseits nicht heißen, daß sie sich nicht jederzeit vorbehalten muß, in einem späteren Zeitpunkt auf Grund ihrer Erfahrung eventuell jenes radikale Nein zu sprechen.

Diese Befreiung aus einer falschen Frontstellung ist nicht Sache eines einmaligen Entschlusses der Kirche, sondern sie muß in der ganzen Verkündigung und dem Dasein der Kirche immer neu vollzogen werden. Daraus ergeben sich eine ganze Anzahl neuer Aufgaben und Probleme für die Kirche, die wir hier um der notwendigen Kürze willen nur sehr pointiert andeuten können. Sie sind im Osten grundsätzlich dieselben wie im Westen, nur mit dem Unterschied, daß im Osten alles in schärferer Profilierung erscheint.

Es wird u. a. zu beachten sein:

1. Die Kirche hat bei ihrer Umwelt immer das Vorurteil gegen sich, daß Feuerbach doch Recht hat, wenn er meint, alle Theologie sei anthropologisch zu erklären und aller religiöse Glaube sei nichts anderes als die in den Himmel projizierten Wünsche und Bedürfnisse der Menschen.

Sie wird das nicht einfach bestreiten können, sondern unumwunden zugeben müssen, daß die religiösen Phänomene auch in der Christenheit weithin so zu erklären sind. Wenn sie aber behauptet, daß das für den Glauben an Jesus Christus nicht der Fall ist, weil dieser die Krisis für die gesamte Welt des Religiösen bedeutet, so muß sie sich dessen bewußt sein, daß das als bloße Behauptung immer diskutabel bleibt und nur in dem Maße glaubwürdig sein kann, als die Kirche in ihrem eigenen Reden und Handeln sich diesem Gericht unterstellt.

2. Dieses Vorurteil hat seine Auswirkung auf das politische Leben. Hier wird es etwa so lauten können: „Religion ist Opium für das Volk." Die Kirche wird sich an dieser etwas böswilligen Ausdrucksweise nicht allzusehr stoßen dürfen und wiederum unumwunden zugeben müssen, daß das im Grunde

dasselbe ist, wie wenn von der anderen Seite gesagt wird: „Dem Volk muß die Religion erhalten bleiben." Die Kirche wird darum in ihrer Verkündigung nach beiden Seiten unmißverständlich klar machen müssen, daß sie sich nicht in den Dienst bestimmter politischer Tendenzen stellen läßt.

3. Der Anwendung der materialistischen These auf die Kirche, daß alle Ideologien Ausfluß bestimmter ökonomischer Verhältnisse sind, wird die Kirche nur schwer widersprechen können, da ihre eigene Geschichte der letzten hundert Jahre eine Bestätigung dieser These ist. Deshalb wird sie jetzt auch durch die soziale Umschichtung im Osten, z. B. durch die Bodenreform und die Aufhebung des Patronats der Großgrundbesitzer, durch die Bestimmungen über die Zulassung zum Hochschulstudium, durch die Verarmung weiter, die Kirche auch finanziell tragender Gesellschaftskreise u. a. mehr in ihrem äußern Bestand schwer erschüttert. In der Art, wie die Kirche dieser neuen Situation im Aufbau und in der Ordnung ihres Gemeindelebens Rechnung trägt, wird sie zu zeigen haben, daß sie sich auch innerlich freigemacht hat von dem Bündnis mit bestimmten sozialen Kreisen und Ordnungen, und daß jene materialistische These auf die wirklich als Kirche handelnde Kirche eben doch nicht anzuwenden ist.

4. Auch die neu entstandene Schicht der Armen und Entrechteten darf von der Kirche erwarten, daß diese ihre Sache zur Sache der Christenheit macht, so wie es alle Armen und Entrechteten immer hätten erwarten dürfen. Aber sie darf nicht von der Kirche erwarten und die Kirche muß sich selbst davor hüten, daß sie das auf dem Weg der Unterstützung der politischen Reaktion tut.

5. Die Kirche wird überhaupt keine bestimmte politische Front unterstützen oder sich einer solchen zur Vertretung ihrer Belange bedienen dürfen, auch und erst recht nicht, wenn sich diese „christlich" nennt. Es kann keine echten Belange der Kirche geben, welche zu ihrer Erreichung einer politischen Aktion bedürfen oder eine solche zuließen. Die Kirche schafft sich selbst den für ihre Arbeit nötigen Raum dadurch, daß sie als Kirche da ist, redet und handelt. Sie wird dabei nicht auf Rechte pochen und Forderungen erheben, auch nicht in der Schulfrage, sondern sie wird die Gesellschaft nur dadurch von ihrer Sache

zu überzeugen suchen, daß sie den ihr von dieser jeweils zugestandenen kleineren oder größeren Raum durch Leistungen ausfüllt.

6. Ihre politische Verantwortung für die Gesellschaft hat die Kirche unmittelbar selbst wahrzunehmen und darf diese an keine politische Front abgeben. Sie tut das durch ihre Verkündigung und durch das Zusammenleben in der Gemeinde. Die echte Verkündigung ist ihrem Wesen nach immer *politische Predigt*. Sie ist das nicht nur und nicht einmal in erster Linie dadurch, daß sie zu bestimmten politischen Tagesfragen Stellung nimmt, sondern einfach dadurch, daß sie die Hörer ihrer Predigt als Menschen anredet, die immer in bestimmten politischen Beziehungen leben und sich nicht an den von allen sozialen Bindungen abstrahierten Einzelnen wendet. So wird die Predigt von selbst politisch konkret.

7. Die Predigt wird darin Evangeliumspredigt und nicht Gesetzespredigt sein, daß sie nicht zuerst Zeugnis *gegen*, sondern *für* etwas ist: *für* das Kommen des Reiches Gottes und nicht *gegen* die Gottlosigkeit der Welt, *für* das Herrsein Christi über Kirche und Welt und nicht *gegen* seine Feinde, *für* seine Treue und nicht *gegen* unsern Unglauben. Das wird die Freudigkeit bei Predigern und Hörern begründen. Darin wird die Predigt aber nicht zuletzt auch ihre politische Relevanz haben.

8. Diese Freiheit, die Welt im überlegenen Licht des Evangeliums zu sehen, wird alle politischen Illusionen zerstören. Sie wird der Furcht vor Ideologien ebenso entgegenwirken wie der Anfechtung durch dieselben. Sie wird der Anfälligkeit für Parolen wehren und verhindern, daß Erinnerungsbilder über die Gegenwart Herr werden. Sie wird freimachen zu sachlichem, nüchternem Denken und Urteilen, zur Einsicht in das jeweils konkret Gebotene im praktischen politischen Handeln und damit zur Übernahme echter politischer Verantwortung.

9. In dieser Wahrnehmung der politischen Verantwortung durch die Verkündigung betätigt die Kirche ihren priesterlichen Dienst an der Welt. Sie wird allen von außen kommenden Versuchen, sie auf die Existenz eines privaten Frömmigkeitsvereins zurückzudrängen, der in der religiösen Erbauung seiner Glieder seinen Selbstzweck hat, durch die Tat widerstehen

müssen. Sie wird aber nicht weniger den von innen kommenden Versuchungen widerstehen müssen, die sie angesichts der sie bedrohenden Welt selbst zum Rückzug in den innerkirchlichen Raum verleiten wollen und in dessen liturgisch-sakralem Ausbau den ihr gebotenen priesterlichen Dienst sehen, um die Welt vor den Toren der Kirche sich selbst zu überlassen.

10. Wenn zur politischen Verantwortung der Kirche für die Welt auch das Zeugnis durch ihr eigenes Dasein gehört, so kann dieses Zeugnis nur konkret werden im Dasein der Einzelgemeinde. Hier wird die Verkündigung des Evangeliums Ereignis, indem sie sich an bestimmte Menschen wendet. Hier findet sie die Antwort des Glaubens im Zusammenleben in konkreter Situation. Hier wird die Verantwortung füreinander wahrgenommen. Hier werden Fronten überwunden. Hier wird getröstet, ermahnt und zurechtgewiesen. Hier wird das Amt der Diakonie geübt. Hier hat die Kirche ihre durch die Verkündigung sich immer neu ereignende Wirklichkeit und hier gibt es auch allein eine echte Konfrontation der Kirche mit der Welt. Die Kirche wird sich deshalb immer wieder daran erinnern lassen müssen, daß sie allein von dieser Wirklichkeit des Ereignisses der Gemeinde lebt, die die Wirklichkeit des Heiligen Geistes ist. Sie wird sich daher der steten Versuchung erwehren, ihr Dasein in ihren Ämtern, Behörden, Institutionen und Organisationen, rechtlichen und wirtschaftlichen Positionen und dem „Christentum" als geistesgeschichtlicher Größe sehen und sichern zu müssen.

11. Die Kirche kann sich darum nur von der Einzelgemeinde her aufbauen. Sie muß allen Bestrebungen nach einer zentralistisch-hierarchischen Ordnung widerstehen, welche die Gemeinden entmündigt, indem sie ihnen die Verantwortung für jene sich immer neu ereignende Wirklichkeit der Kirche in ihrer konkreten Situation abnimmt. Das ist keine Forderung politischer Demokratie. Sie wird aber umgekehrt und indirekt zu deren Verwirklichung beitragen, indem sie die Menschen frei und willens macht, konkrete Verantwortung füreinander zu übernehmen.

Wir haben bei diesen Sätzen in erster Linie an die Situation der Kirche in der deutschen Ostzone gedacht. Es ist aber deutlich, daß all das auch für die Kirche in den Westzonen gilt.

Daraus ergibt sich, wie falsch es ist, wenn die Kirche in Deutschland, so wie sie das heute tut, die Vorstellung von jenem „eisernen Vorhang", der durch Deutschland geht, unbesehen von dem politischen Gebiet auch auf das kirchliche übernimmt. Dabei ist nicht einmal in erster Linie an die unverantwortlichen Pläne zu denken, die Kirche des deutschen Ostens organisatorisch selbständig zu machen. An der organisatorischen Einheit liegt bei dem ohnehin sehr fragwürdigen Gebilde der EKD nicht allzuviel. Viel wichtiger ist, daß die gegenseitige Verantwortung der Kirchen im Westen und Osten nicht aufgegeben wird.

Praktisch denkt man heute nur an eine solche Verantwortung des Westens für den Osten. Dabei wird der Osten als kirchliches Notstandsgebiet betrachtet. Soweit sich das auf eine großzügige Unterstützung des Ostens durch das Hilfswerk der EKD auswirkt, wird nichts dagegen zu sagen sein. Gefährlich wird diese Betrachtungsweise aber dort, wo sie die Gemeinden im Osten zu einer Art kirchlicher „Irredenta" macht, was sich dann mit der politisch nationalen Irredenta verbindet. Die Gemeinden im Osten betrachten sich selbst weithin so und blicken voll Sehnsucht nach dem kirchlich und politisch glücklicheren Westen. Vielleicht wäre darum das Allernotwendigste, was die Kirche des Westens im Augenblick für den Osten tun könnte, daß man die nach dem Westen geflüchteten Ostpfarrer bewegen würde, in den Osten, wo ein großer Pfarrermangel herrscht, zurückzukehren, auch wenn diese Pfarrer nicht mehr in denselben Gemeinden oder Kirchenprovinzen tätig sein könnten wie früher. Nichts kann das Gefühl jener „Irredenta" und darüber die gefährliche Neigung zu apokalyptischen Stimmungen und politischen Spekulationen mehr bestärken, als wenn die Gemeinden des Ostens sehen, daß ein Teil ihrer Pfarrer schon nicht mehr wagt, ihr Schicksal zu teilen.

Wenn die Kirche des Ostens in Freiheit und Offenheit auf den ihr gegebenen Boden tritt, wie wir das ausgeführt haben, so wird sie vom Westen aus nicht mehr als kirchliches Notstandsgebiet betrachtet werden können, und sie wird vor allem sich selbst nicht mehr so betrachten. Sie wird dann gewiß dem Westen gegenüber die größere Verantwortung haben als umgekehrt, weil sie in echterer Weise nach ihrem Dasein und

Handeln als Kirche gefragt ist. Und sie wird durch ihr eigenes Verhalten auch dem Westen zu echten kirchlichen Entscheidungen verhelfen, welche man dort unter Ausnützung der anderen Situation immer noch umgehen zu können glaubt.

Was dieses Festhalten der echten kirchlichen Einheit in Deutschland in Wahrnehmung der gegenseitigen Verantwortung auch für die politische Einheit und die Überwindung der politischen Gegensätze zwischen West und Ost bedeuten würde, liegt auf der Hand. Die Kirche ist an der politischen Einheit des Reiches so wie an allen politischen Grenzziehungen nicht direkt interessiert. Sie sieht in jeder solchen Grenze zunächst nur ein Hindernis für die freie Kommunikation, auf die sie in besonderer Weise angewiesen ist, um ihrer ökumenischen Aufgabe willen. Politische Grenzen bekommen für sie aber dann direkte theologische Relevanz, wenn an ihnen nicht nur politische und wirtschaftliche Machtansprüche zusammenstoßen, sondern diese zugleich einen Gegensatz der Ideologien bedeuten. Dies ist bei der durch Deutschland hindurchgehenden Grenze zwischen West und Ost der Fall, wie die ganze politische Diskussion um die Reichseinheit heute eindeutig zeigt. In dem Bestreben des Ostens, die Reichseinheit zu erhalten, sieht man im Westen vor allem den Versuch, die bolschewistische Einflußsphäre auf den Westen auszudehnen. Die Folge davon ist, daß der Westen die Grenze als Selbstschutz beibehalten will. Diese Tendenz ist zuerst sichtbar bei jenen Parteien, welche das Interesse des industriellen Unternehmertums, weiterhin aber den Schutz der bürgerlichen Gesellschaftsordnung überhaupt vertreten. Man ist in diesen Kreisen, wenn auch schweren Herzens, immer mehr geneigt, auf das „Reich" zu verzichten, an dem man mit so vielen und starken Affekten hängt, und den Ersatz dafür in der Eingliederung in die westliche Interessensphäre zu suchen. Nachdem der Marshallplan und seine Ablehnung durch Rußland in dieser Frage auf eine praktische Entscheidung drängt, wird man angesichts der hier zu erwartenden materiellen Vorteile immer weniger Hemmungen haben, für den Westen zu optieren.

Dasselbe gilt aber auch für die Arbeiterschaft im Westen, die sich in ihrer überwiegenden Mehrheit schon durch den Bruderkampf zwischen SPD und SED in diese Richtung getrieben sieht. Auch die SPD betont freilich aufs stärkste ihren Willen

zur Reichseinheit, sieht aber keinen Weg, ihn praktisch zu verwirklichen. Das wurde auf dem Nürnberger Parteitag der SPD sehr deutlich sichtbar. Sie will vor allem auf die in der Ostzone verbotene SPD nicht verzichten und ihre dortigen Parteigenossen nicht im Stich lassen. Dieses Parteiinteresse verbindet sie mit der Wahrung demokratischer Grundsätze gegenüber totalitären Diktaturmethoden. Aber sie ist darüber in einen so tiefgreifenden Gegensatz zur SED geraten, daß auch die gemeinsame marxistische Herkunft keinen Boden mehr abgibt, auf dem man sich verständigen könnte. Sie ist vielmehr durch die notwendige Abgrenzung gegen den Osten zu einer Revision ihrer marxistischen Ideologie gezwungen, durch welche ihr ganzes sozialrevolutionäres Pathos verlorengeht. Deshalb ist sie auch ideologisch gar nicht mehr imstande, ihre Anhänger von der Option für den Westen zurückzuhalten, der diese durch das Angebot von „Arbeit und Brot" gewinnt.

Die Politiker sind im Begriff, nolens volens vor dem Faktum dieser Grenze zwischen West und Ost zu kapitulieren. Die Kirche darf das aber nicht tun. Wenn sie an dem Ziel der politischen Reichseinheit festhält, so tut sie das nicht aus nationalen Gründen, sondern lediglich darum, weil das Resignieren vor jener Grenze in der heutigen Situation zugleich bedeutet, daß man vor der Möglichkeit resigniert, die hinter ihr stehenden ideologischen Gegensätze zu überwinden. In diese Resignation kann die Kirche nicht nur um der Christenheit in Deutschland willen nicht einwilligen, sondern sie steht hier für die ganze Ökumene auf dem Posten.

Sie kann dabei den Politikern keine Anweisung geben, die diesen unmittelbar einen Ausweg aus der anscheinend so hoffnungslos festgefahrenen Situation zeigen würde. Sie kann sie nur fragend auf gewisse Dinge hinweisen, die vielleicht geeignet sein könnten, jene in ihrem politischen Dogmenglauben an die zwangsläufige Eigengesetzlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge zu erschüttern. Zu fragen wäre etwa, ob der Gegensatz zwischen der freien Verkehrswirtschaft des Westens und der staatlichen Planwirtschaft des Ostens den Gegensatz zweier Wirtschaftssysteme bedeutet, die in der Welt nicht zusammenbestehen können. Praktisch kommt ja heute auch der Westen nicht ohne eine gelenkte Planwirtschaft aus, wie gerade

der Marshallplan in größtem Stil zeigt. Um die Doktrin zu retten, versucht man das damit zu rechtfertigen, daß diese gegenwärtige Lenkung nur geschähe, um für die Zukunft die freie Verkehrswirtschaft wieder in Gang zu bringen. Ob das stimmt, wird sich zeigen müssen, insbesondere wieweit man gegebenenfalls diese praktisch von dem amerikanischen Kapital beherrschte Wirtschaft noch „frei" nennen kann. Jedenfalls ist der Streit um die Prinzipien in dieser Situation eine weithin akademische Angelegenheit geworden. Tatsächlich greifen fast überall in der Welt beide Systeme ineinander, und es ist nicht einzusehen, warum ein solches Arrangement nicht auch zwischen Rußland und Amerika möglich sein sollte.

Die Kirche könnte weiterhin im Blick auf den umstrittenen Grundsatz des Privateigentums an den Produktionsmitteln, den Kern der Sozialisierungsfrage, die Politiker darauf hinweisen, daß man jedenfalls im europäischen Teil des Westens in Bezug auf die Grundindustrien diesen Grundsatz weithin zu durchbrechen geneigt ist. Und wenn etwa auch in der Bodenreform das Tempo und die Art der Durchführung im Osten und Westen sehr verschieden sind, so wird doch auch im Westen ihre Notwendigkeit und Möglichkeit grundsätzlich kaum mehr irgendwo bestritten. Andererseits ist zu beachten, daß im Osten der Anteil am Arbeitsertrag auf Grund der individuellen Leistung in auffallend starker Weise differenziert wird, um die Einzelinitiative zu steigern. Gewiß wird dabei der Grundsatz festgehalten, daß das zwar zu einem erhöhten Einkommen und damit zu einer besseren Lebenshaltung des qualifizierten Arbeiters führt, aber keinesfalls wieder zu einem Privateigentum an den Produktionsmitteln. De facto wird jedoch damit wieder eine privilegierte Gesellschaftsschicht geschaffen und die soziale Aufstiegsmöglichkeit als treibender Faktor eingeführt. Die Kirche hätte auch hier die Politiker zu fragen, ob sie sich nicht noch um Prinzipien streiten, die sie praktisch schon preisgegeben haben, und sie könnte diesen damit helfen, sich von ideologischen Verhärtungen freizumachen, welche sie nur hindern könn das jeweils praktisch Geforderte zu tun.

Diese Frage hätte die Kirche besonders an die streitenden marxistischen Brüder zu richten, die sich heute zwischen West und Ost vielleicht am schwersten verständigen können. Was

zwischen ihnen steht, ist die verschiedene Auslegung ihres marxistischen Programms, ein ideologischer Gegensatz, der in der politischen Praxis kein gemeinsames Handeln mehr zuläßt — oder auch umgekehrt: eine durch die machtpolitische Situation verursachte Trennung ihrer Wege, die man hinterher ideologisch zu rechtfertigen sucht. Hier wären die in ihren Ideologien verrannten Partner darauf hinzuweisen, daß die Kirche an dem zwischen ihnen bestehenden Gegensatz nicht ideologisch interessiert ist, weil es ihr nicht um eine mehr idealistische oder mehr materialistische Anthropologie geht, sondern um den Menschen als solchen in seiner untrennbaren Ganzheit von Seele und Leib, um den sie sich hier wie dort annimmt, ohne Rücksicht darauf, wie der Marxist im Westen oder im Osten diesen Menschen in seine Weltanschauung einzuordnen versucht. Es könnte so die zunächst grotesk anmutende Situation entstehen, daß die Kirche, anstatt aus diesem Zwiespalt für sich selbst Kapital zu schlagen, wie sie das gelegentlich tut, den stärksten Beitrag zu seiner Überwindung leisten würde. Das geschähe dadurch, daß die Kirche mit ihrer überlegenen Freiheit für die Not des konkreten Menschen, für den der Marxismus einst aufstand, den scheinbar so hoffnungslos entzweiten Marxisten wieder den Boden zeigen würde, auf dem diese miteinander reden und sich gemeinsam um diesen Menschen annehmen könnten.

Dieses hinweisende Fragen wäre aber nicht das Letzte und Entscheidende, was die Kirche zur politischen Überwindung jener Grenze beizutragen hätte. Es würde sich als solches ja immer auch noch im Gebiet der bloß ideologischen Auseinandersetzung bewegen, durch die solche Grenzen eben entstehen, aber nicht überwunden werden. Es käme hier vielmehr wieder alles darauf an, daß die so redende und fragende und mahnende Kirche in ihrem jeweiligen Dasein als konkrete Gemeinde faktisch diese Grenzen überwunden hat, so wie einst, wenn wir etwa an den Philemonbrief denken, die apostolische Gemeinde ihren Beitrag zur Lösung der politischen und sozialen Problematik nicht durch programmatische Erklärungen leistete, sondern dadurch, daß sie den Herrn Philemon und den Sklaven Onesimus als Brüder aneinander gebunden hat, „beides, in dem Herrn u n d nach dem Fleisch". Eben das müßte geschehen,

sowohl im Osten wie im Westen als auch im Festhalten der Einheit der Kirche zwischen Ost und West.

Auf alle Fälle könnte dieser Gegensatz nicht mehr als „christliche" Front auftreten, sondern müßte auf seine wirklichen politischen und wirtschaftlichen Hintergründe zurückgeführt werden. Die Kirche tut der politischen Welt schon damit einen großen Dienst, wenn sie ihr jeden Vorwand zu einem Kreuzzug nimmt.

Es bleibt nur noch übrig, auf die Bedeutung hinzuweisen, welche das rechte Austragen der Spannung zwischen Ost und West durch die Kirche in Deutschland für die gesamte Ökumene hat. Die Kirchen der Welt stehen überall derselben Versuchung gegenüber, jenen politischen und wirtschaftlichen Gegensatz ideologisch als einen Kampf um Christentum und abendländische Kultur auszutragen; und sie sind leichter in Gefahr, dieser Versuchung zu erliegen, weil sie nicht so wie die Kirche in Deutschland zu einer echten Konfrontation mit dem Bolschewismus gefordert sind. Die Kirche in Deutschland tut damit für die Ökumene einen Dienst, den ihr sonst niemand leisten kann. Der Dienst, den dabei umgekehrt die Ökumene für die Kirche in Deutschland leisten kann, wird darin bestehen müssen, daß diese in aller Welt am Abbau jener falschen Front gegen den Osten arbeitet und nicht etwa meint, sie würde der deutschen Kirche helfen, wenn sie selbst in jene Front mit einschwenkt.

So gut gemeint solche „Rückendeckung" für uns sein mag — sie kann nur die große Anfechtung verstärken, der wir ohnehin andauernd ausgesetzt sind. Das kann die Ökumene aber nicht wollen.